



ZUM ABSTURZ DER VOLKSPARTEIEN

von Dr. Jörn Quitzau

Die Volksparteien CDU/CSU und SPD befinden sich nach den Landtagswahlen in Bayern und Hessen in kritischem Zustand. Auf Bundesebene würden die Berliner Regierungsparteien laut den jüngsten Umfragen nur noch um die 26 % (CDU/CSU) bzw. 15 % (SPD) der Wählerstimmen erhalten. Damit hat sich der seit vielen Jahren erkennbare Abwärtstrend im Jahr nach der letzten Bundestagswahl nochmal beschleunigt. Der Vergleich mit den Siebziger Jahren zeigt den dramatischen Verfall: Damals kamen die beiden Parteien zusammen noch auf rund 90 % der Stimmen, jetzt sind es nur noch rund 40 %.

„It's not the economy, stupid“

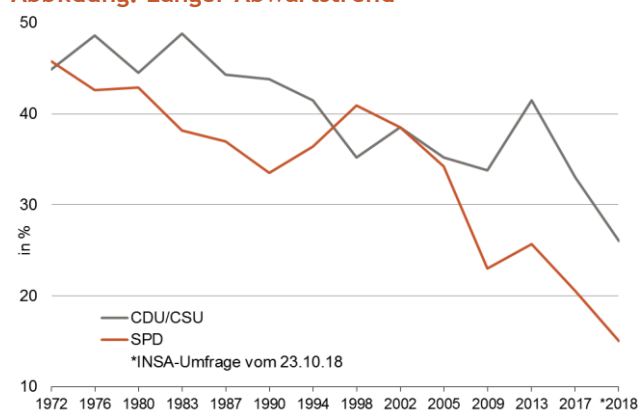
Gemessen an den immer noch guten Wirtschaftsdaten ist der erodierende Rückhalt bei den Wählern kaum nachvollziehbar. Robustes Wachstum, sprudelnde Steuereinnahmen und ein Boom am Arbeitsmarkt sollten die Umfragewerte der verantwortlichen Regierungsparteien stützen und nicht stürzen lassen. Wirtschaftlicher Erfolg und die Zustimmung zur Regierungsarbeit haben sich entkoppelt. Insbesondere die SPD muss mit ihrem Schicksal hadern, war sie es doch, die mit der Reformagenda 2010 maßgeblich zum wirtschaftlichen Comeback Deutschlands beigetragen hat. Bill Clintons Wahlkampfspruch „It's the economy, stupid“ hat offensichtlich ausgedient – auch in Deutschland.

Diverse Gesellschaft, zersplitterte Parteienlandschaft

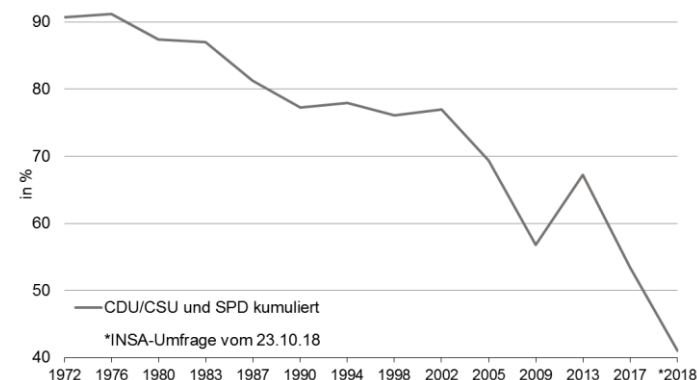
Die Gründe für den Bedeutungsverlust der Volksparteien werden seit langer Zeit diskutiert. Parteitaktisches Kalkül, Machterhalt statt Sachpolitik sowie mangelnde Qualität und Glaubwürdigkeit des politischen Personals sind dabei als Argumente für die Stimmenverluste ausführlich erörtert worden. Etwas kurz gekommen ist aber bisher die Erkenntnis, dass der seit Jahren zunächst schleichende und inzwischen rasante Bedeutungsverlust der Volksparteien mit einer individualisierten und diverser werdenden Gesellschaft einhergeht. Wenn sich Werte, Lebensstile und Weltanschauungen ausdifferenzieren und Pluralismus und Diversität als Leitideen für das Zusammenleben immer wichtiger werden, wäre es geradezu erstaunlich, wenn sich die politischen Präferenzen nicht auch ausdifferenzieren.

Warum sollten sich die Mitglieder einer Gesellschaft, die immer unterschiedlicher werden und die beim Konsum ein Höchstmaß an Produktvielfalt haben, ausgerechnet bei politischen Fragen mit praktisch nur zwei Angeboten zufriedener sein? Die trendmäßigen Verluste an Wählerstimmen könnten insofern ganz unspektakulär als politisches Spiegelbild der gesellschaftlichen Entwicklung interpretiert werden.

Abbildung: Langer Abwärtstrend



Quelle: Deutscher Bundestag, INSA



Quelle: Deutscher Bundestag, INSA

Man könnte also argumentieren, die ausdifferenzierte Parteienlandschaft würde die ausdifferenzierten Wünsche der Menschen besser abdecken und somit zu mehr Zufriedenheit beitragen. Dann wäre der Bedeutungsverlust der Volksparteien eigentlich nicht zu beklagen, sondern im

Gegenteil zu begrüßen. Dies wäre allerdings ein Trugschluss, weil der Bürger zwar mehr Wahlmöglichkeiten hat, am Ende von der Politik aber trotzdem nur „One size fits all“-Lösungen angeboten bekommt. Damit ist Unzufriedenheit bei den Wählern vorprogrammiert. Je stärker die Präferenzen der Bürger bei Themen wie Europa, Migration, Umweltschutz, Innerer Sicherheit, Datenschutz, Verkehrspolitik oder Digitalisierung auseinandergehen, umso größer das Potential für Unzufriedenheit. Denn letztlich bekommen alle Wähler nur eine Einheitslösung bei den staatlichen Angeboten.¹

Dieses Problem ist umso größer, je heterogener die Bürgerwünsche sind. Die aktuellen politischen Spannungen sind eine Begleiterscheinung des gesellschaftlichen Trends zu mehr Individualität. Der Verlust an Gemeinsamkeiten lässt sich an den Wahlergebnissen der Volksparteien ablesen. Es ist allerdings fraglich, ob der Kern oder die Mitte der Gesellschaft schon so stark zerfallen ist, wie es die Umfrage- und Wahlergebnisse der großen Volksparteien vermuten lässt.

Die Macht der Interessengruppen

In den USA wird schon länger der Einfluss der sogenannten Identitätspolitik diskutiert, bei der sich die Politik in ihrem Handeln verstärkt um die Bedürfnisse spezifischer Gruppen – meist Minderheiten unterschiedlichster Art – kümmern und in den Mittelpunkt rücken.² Oft geht es dabei um kulturelle Fragen, nicht selten einfach um Partikularinteressen und Ideologie. Der politische Fokus rückt damit weg von den Interessen der Mehrheitsgesellschaft hin zu den Interessen von Minderheiten. Dies mag fortschrittlich sein und zuweilen ehrenwerten Motiven entspringen. Doch wer Politik vorwiegend für Minderheiten macht, darf nicht überrascht sein, wenn er auf lange Sicht nicht mehr von der Mehrheit gewählt wird und seinen Status als Volkspartei einbüßt. Insbesondere für die SPD dürfte dies relevant sein, denn offenkundig fühlen sich viele traditionelle SPD-

Wähler mit ihren Interessen und ihrer Lebensweise nicht mehr richtig vertreten.³

Bleibt die Frage, weshalb eine Partei, die den Anspruch hat, Volkspartei zu sein, überhaupt auf die Idee kommt, sich an den Interessen von Kleingruppen zu orientieren. Darauf kann die ökonomische Theorie eine Antwort geben: Ineffizienzen kommen oft dadurch zustande, dass sich die Politik von gut organisierten Interessengruppen leiten lässt, deren Anliegen für die Interessengruppen selbst einen sehr hohen Wert hat. Die Nachteile dieser Interessenpolitik verteilen sich auf den großen, unorganisierten Rest der Bevölkerung, für den die Nachteile kaum spürbar oder so gering sind, dass sich ein Protest gegen die Interessenpolitik kaum lohnt. Auf diese Weise werden etwa protektionistische Maßnahmen wie Zölle erklärt, mit denen die Politik eine bestimmte Industrie schützt: Die Industrie, die die Gewinne des Schutzzolls einfährt, ist typischerweise gut organisiert und hat dadurch erheblichen Einfluss auf die Politik – und andersherum kann sich die Politik auf diese Weise Wählerstimmen sichern. Die Nachteile verteilen sich hingegen auf die gesamte Bevölkerung und sind für den einzelnen Bürger so geringfügig, dass er sie schulterzuckend zur Kenntnis nimmt – und die verantwortlichen Politiker (zumindest vorerst) nicht abstrafte.

Übertragen auf die Identitätspolitik bedeutet dies, dass Interessengruppen ihre Ziele, die für sie einen sehr hohen – oft nicht-finanziellen – Stellenwert haben, durch gute Organisation, aggressives Marketing und Aktivismus an die Politik herantragen und damit auch Gehör finden. Die Politik verspricht sich davon wiederum Wählerstimmen bzw. bedient sie Partikularinteressen, denen sie ideologisch nahesteht. Der Rest der Gesellschaft mag das Anliegen der Interessengruppe teilen, ablehnen, absurd finden oder ihm indifferent gegenüberstehen, auflehnend wird sich dagegen vorerst kaum jemand, weil für ihn selbst dadurch wenig zu gewinnen ist.

¹ Vgl. dazu ausführlich Quitzau, Jörn (2018), Menschenbild, Marktwirtschaft und Politik, in: Ordnungspolitisch stets auf Kurs – Festschrift zum 65. Geburtstag von Prof. Dr. Norbert Berthold, von Nadya Kosturkova und Jörg Rieger (Hrsg.).

² Vgl. dazu etwa Lilla, Mark (2017), *The Once and Future Liberal – After Identity Politics*. Vgl. auch ausführlich Quitzau, Jörn (2018), *Wirtschaftlicher Boom – Gesellschaftliche Spannungen*, Berenberg Makro Trends vom 22. Mai 2018.

³ Mit Blick auf den Bedeutungsverlust der US-Demokraten schreibt Mark Lilla, dass die vorausgegangene Politik von Ronald Reagan so erfolgreich war, weil sie die Lebensweise der meisten Amerikaner nicht infrage stellte: “Reaganism endured because it did not declare war on the way most Americans were living and thinking about themselves. It fitted right in.“ Die Demokraten haben den Bürgern hingegen vielfach das Gefühl gegeben, ihr Leben falsch zu führen.

Warum jetzt?

Dass sich die Volksparteien sehr lange in einem nur moderaten Abwärtstrend befanden und nun regelrecht einbrechen, lässt sich durchaus erklären: Mit der Migrationskrise sind die gesellschaftlichen Spannungen erst richtig ausgebrochen. Die Zuwanderungswelle hat viele Themen aus polit-akademischen Zirkeln in die Mitte der Gesellschaft gerückt. Quasi über Nacht sind die Spielregeln des Zusammenlebens auf den Prüfstand geraten. Manche Debatte über Identitäten und den richtigen Lebensstil, die viele Menschen zuvor eher für Randnotizen gehalten hatten, bekam urplötzlich eine reale Dimension. Gerade bei den für die klassischen SPD-Wähler wichtigen Verteilungsfragen verschob sich die Diskussion: Verteilungsgerechtigkeit war plötzlich nicht mehr nur ein Ziel, das innerhalb der Landesgrenzen zu erreichen ist. Nun gab es auch den Anspruch, Verteilungsgerechtigkeit für die Menschheit weltweit herzustellen. So berechtigt und intellektuell anspruchsvoll der global ausgerichtete Ansatz ist, das Gros der Wähler achtet bei der Wahlentscheidung immer noch darauf, dass das eigene Interesse bestmöglich vertreten wird – erst recht, wenn die eigene soziale Position in Gefahr gerät.⁴

Ein geeignetes Konzept für die Volksparteien, verlorenen Boden wieder gut zu machen, bestände darin, sich wieder stärker am gesellschaftlichen Mainstream bzw. an ihrer Kernwählerschaft auszurichten, als sich an einzelnen Interessen- und Identitätsgruppen zu orientieren. Die Alternative wäre, der weiteren Fragmentierung der Parteienlandschaft zuzusehen.

⁴ Der französische Soziologe Didier Eribon schildert in seinem autobiografischen Buch „Rückkehr nach Reims“ ausführlich die Spannungen und Widersprüche innerhalb des politisch linken Lagers. So schreibt er:

„Links zu sein, sagt Gilles Deleuze..., das heiÙe, eine Horizontwahrnehmung zu haben (die Welt als ganze zu sehen, die Probleme der Dritten Welt wichtiger zu finden als die des eigenen Viertels). Nicht links zu sein hingegen bedeute, die Wahrnehmung auf das eigene Land, auf die eigene Straße zu verengen. Seine Definition ist der Art, in der meine Eltern links waren, diametral entgegengesetzt. Für Arbeiter und Leute aus armen Verhältnissen bestand das Linkssein vor allem darin, ganz pragmatisch das abzulehnen, worunter man im Alltag litt.“ Eribon, Didier (2017), Rückkehr nach Reims, S. 38.

Diese Unterscheidung dürfte auch für das politisch linke Lager in Deutschland einigen Erklärungsgehalt haben. Die Interessen des linken Arbeitermilieus und die des links-intellektuellen Milieus lassen sich schwer in einer Partei vereinen.

Wirtschaftliche Folgen

Die skizzierten Zusammenhänge sind in vielen westlichen Ländern zu beobachten. Die Individualisierung und Fragmentierung von Gesellschaften ist ein internationaler Trend. Es wird nun darum gehen müssen, ein neues Gleichgewicht zu finden zwischen Individualismus und Gemeinsinn. Da dies ein langer Weg ist, sind Wahlen in den Industrienationen noch für längere Zeit als Risikofaktor für die wirtschaftliche Entwicklung im Auge zu behalten. Die Präsidentschaftswahl in den USA hat gezeigt, dass gesellschaftliche Spannungen einschneidende wirtschaftliche Folgen haben können. Die protektionistische Politik von Donald Trump ist eine unmittelbare Folge – und der Protektionismus hält nun schon seit Monaten die Börsen in Atem. Langfristig könnte das Wachstumspotential gedrückt werden. Zudem bleibt die Störanfälligkeit der Wirtschaft erhöht.



IMPRESSUM

Makro-Team Hamburg

Dr. Holger Schmieding | Chefvolkswirt
+49 40 350 60-8021 | holger.schmieding@berenberg.de

Dr. Wolf-Fabian Hungerland
+49 40 350 60-8165 | wolf-fabian.hungerland@berenberg.de

Dr. Jörn Quitzau
+49 40 350 60-113 | joern.quitzau@berenberg.de

Berenberg Makro erscheint zu folgenden Themen:

- ▶ Aktuelles
 - Geldpolitik
 - Konjunktur
 - Schwellenländer
 - Trends
 - Währungen

www.berenberg.de/publikationen